

Antrag

des

Abgeordneten Niedrist und Genossen,

betreffend

die Regelung des Jagdrechtes.

Die Provisorische Nationalversammlung wolle beschließen:

„Dem angeschlossenen Gesetz wird die Zustimmung erteilt.“

In formeller Hinsicht wird beantragt, diesen Antrag dem zu wählenden landwirtschaftlichen Ausschusse zuzuweisen.

Wien, 19. Dezember 1918.

Bang.
Huber.
H. Gruber.
Högenborfer.
Fink.
Eislerer.

Niedrist.
G. Klezenbauer.
List.
Moiß Brandl.
Lofer.
Schoepfer.

Gesetz

vom

über

die Regelung des Jagdrechtes.

Die Provisorische Nationalversammlung des Staates Deutschösterreich
hat beschlossen:

§ 1.

Das Jagdrecht ist ein Ausfluß von Grund und Boden und steht dem Besitzer von Grund und Boden das Jagdrecht zu.

§ 2.

Wenn dieser Grund und Boden mit Weideservitut belastet ist, so steht dem Weideservitutberechtigten das Jagdrecht zu.

§ 3.

Die Ausnützung des Jagdrechtes steht nur demjenigen Grundeigentümer oder Weideservitutberechtigten zu, der nicht weniger als 150 Joch zusammenhängenden Grund und Boden oder Weideservitut besitzt.

§ 4.

Grund oder Weideservitutflächen unter obigem Ausmaße gelten als Enklaven und können mit den angrenzenden Jagdrechten gegen entsprechende Entschädigung ausgenützt werden.

§ 5.

Mit der Durchführung dieses Gesetzes wird der Staatssekretär für Landwirtschaft betraut.